

MICHAEL KUHN

„Jetzt sind die auch schon in Brüssel!?“¹

Die Kirchen und die Europäische Union

„Schauen Sie halt, daß Sie möglichst viele unserer Projekte und Anliegen bei den Fleischtöpfen in Brüssel unterbringen können!“ (ein oft gehörter Wunsch kirchlicher Mitarbeiter, nachdem sie erfahren haben, daß ich in Brüssel für die österreichische Kirche arbeite).

„Wir müssen Europa eine Seele geben“ (ein wiederholt und in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen zitierter Ausspruch von Jacques Delors aus einer Rede an kirchliche Vertreter, der von seinem Nachfolger Jacques Santer übernommen wurde²).

Zwei Zitate. Zwei Sätze. Zwei Spannungspole – österreichische Wünsche und europäische Hoffnungen – zwischen denen ich versuche, in den wenigen Monaten, die ich offiziell für das Sekretariat der Österreichischen Bischofskonferenz in Brüssel arbeite, mein Aufgabengebiet abzustecken und

meinen Weg zwischen österreichischer Kirche und Europäischen Institutionen zu finden. Dieser Versuch, das mögliche Aufgabenfeld der Kirchen in Brüssel und die eigene Arbeit als „Kirchenlobbyist“ (denn das bin ich letztendlich, auch wenn diese Bezeichnung in kirchlichen Kreisen Verwunderung beziehungsweise deutliche Ablehnung hervorruft), prägen den folgenden Beitrag. Er ist darum auch nicht sosehr als theoretische Abhandlung über das Verhältnis zwischen den Kirchen und der Europäischen Union zu verstehen³, sondern als ein Erfahrungsbericht, als der Versuch einer ersten Reflexion über meine praktische Arbeit „vor Ort“.

Unterwegs im Labyrinth

Fast jeder, der zum ersten Mal nach Brüssel kommt, sei es, um das Europäische Parlament oder die Europäische

¹ Natürlich sind die Kirchen schon länger in Brüssel vertreten, wenn auch nicht akkreditiert als offizielle Gesprächspartner. Die ComECE – die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union, in welche die Bischofskonferenz jedes Mitgliedsstaates einen Vertreter entsendet und die in Brüssel ihr Generalsekretariat hat; die EECCS – die Europäische Ökumenische Kommission für Kirche und Gesellschaft, eine Institution der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK); die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD); die verschiedenen kirchlichen Dachorganisationen wie Caritas Europa, Eurodiakonia, die CIDSE als Zusammenschluß von Entwicklungshilfeorganisationen u.a.m.

² So etwa in einer Rede an der Katholischen Universität Löwen am 6. März 1997: „Valeurs et références de la construction communautaire – l'Europe ou la volonté de confiance“.

³ Vgl. etwa: John Sweeny, Jef Van Gerwen (Hg.), *More Europe? Kampen 1997. Christoph Schönborn, Kirche und Europäische Union. Vortrag vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik, Wien 1997; A. van Luyn, Van valutagemeenschap tot waardengemeenschap (Redemanuskript), Rotterdam 1997; Deutsche Bischofskonferenz, Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, Zum Verhältnis von Staat und Kirche im Blick auf die Europäische Union (Gemeinsame Texte 4), Bonn 1995. Konkrete Fragen im Zusammenhang mit verschiedensten Entwicklungen in der Europäischen Union werden aus christlicher Perspektive u.a. in der Zeitschriftenreihe „Projekt Europa“ der OCIFE reflektiert.*

Kommission zu besuchen, oder um zu versuchen, ein Projekt in dem einen oder anderen Förderprogramm der EU unterzubringen, fühlt sich zuerst einmal verloren und machtlos. Daheim, in Österreich, kennt man die politische Kultur, die Sprache und die Wege, um mit Politikern ins Gespräch zu kommen, um Subventionen anzufragen, um Einblick in und Einfluß auf den Rechtsfortbildungsprozeß zu erhalten (wie etwa durch das der Union vollkommen fremde österreichische Gesetzesbegutachtungsverfahren durch die Kirchen). In Brüssel ist vieles, wenn auch nicht alles, anders, und damit zuerst einmal ungewohnt. Das beginnt bereits bei der Sprache: Auch wenn alle Sprachen der Mitgliedsstaaten offizielle Amtssprachen der Union sind und alle offiziellen Sitzungen und Dokumente in die elf Sprachen der Union übersetzt werden, im direkten Kontakt mit Beamten wird man doch früher oder später auf Englisch oder Französisch übergehen, es sei denn, man beherrscht die Muttersprache des jeweiligen Gegenübers.

Für die Anfrage einer Subvention aus dem einen oder anderen Topf der Fördermittel gilt es nicht nur, lange Leitfäden und ein Vademecum zum jeweiligen Förderprogramm durchzuarbeiten, sondern nach der Beantwortung von manchmal hunderten Fragen auch noch verhältnismäßig lang auf die Zuerkennung oder Ablehnung des Projekts zu warten. Um jeden Schein von Parteilichkeit zu vermeiden (wobei die Gründe für die endgültige Entscheidung schließlich doch im Dunkeln bleiben), werden die Projekte von der Kommission einem aufwendigen Auswahlverfahren verschiedener externer und interner Beurteilungsrunden unterworfen. Die anerkannten Projekte werden während der Durch-

führung und nach Abschluß auch noch ausführlich evaluiert. Dadurch entsteht oft der Eindruck, daß der zu leistende Aufwand letztendlich den Nutzen nicht ganz rechtfertigt. Ähnliches gilt für das Funktionieren und Zusammenwirken der verschiedenen Institutionen der Europäischen Union – Parlament, Kommission, Rat, Gerichtshof und Rechnungshof. Nicht nur Nichteingeweihten erscheinen die detaillierten Vorschriften und die unterschiedlichen Verfahren zur Rechtssetzung äußerst verwirrend oder komplex, auch so mancher in den „Eurotalk“ Eingeweihte tut sich schwer, etwa das „Kodezisionsverfahren nach Art. 189b“ in allgemeinverständlicher Sprache zu erklären.

Ist alles also nur die Erfindung regelsüchtiger Technokraten, die weit abgehoben von der Wirklichkeit einfachen Bürgern das Leben schwer machen – oder direkt gesagt: bloß Zeitverschwendung? Brauchen wir denn überhaupt diesen „Europäischen Überbau“? Wäre ohne ihn nicht vieles einfacher, schneller und effizienter auf bilateralem Weg zu verhandeln und zu regeln? Die meisten Beamten und Politiker, mit denen man in Brüssel spricht, geben gerne zu, daß vieles schneller, einfacher und auch billiger gehen könnte – und an der Vereinfachung der Abläufe und Regelungen wird fortwährend gearbeitet. Gleichzeitig muß aber die folgende Frage erlaubt sein: Was wäre die Alternative zu dem europäischen Einigungswerk, wie es in den letzten 45 Jahren seit dem Vertrag von Paris zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstanden ist? Oder anders: Ist es nicht nur etwas mehr als 50 Jahre her, daß die beiden Hauptmotoren der europäischen Einigung, Frankreich und Deutschland, noch miteinander Krieg

geführt haben, zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert? Gewinnen das langsame Zueinander der einzelnen europäischen Institutionen und die oftmals langwierigen Entscheidungsfindungsprozesse nicht dadurch deutlich an Bedeutung? Was uns auf den ersten Blick als unnötig umständlich erscheint, erweist sich auf den zweiten Blick als das Ergebnis eines labilen Gleichgewichts zwischen gemeinschaftlichen und nationalen Interessen, zwischen den Brüsseler Institutionen und den Knotenpunkten europäischer Politik wie etwa Bonn, Paris und London, als Kompromiß zwischen dem gesellschaftlich oder sozial Wünschenswerten, dem technisch Machbaren und dem politisch Erreichbaren.⁴ Oder anders formuliert: Es erscheint immer noch besser, etwa das Problem der Standardisierung europäischer Netzstecker für Elektroanschlüsse in den unterschiedlichen Phasen der „Grün- und Weißbücher“, der Konsultationsrunden, der Berichte, der Abstimmung zwischen Parlament und Rat, der Verhandlungen zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten, von der Beamten- über die Diplomaten- bis zur Minister- und Regierungsebene, zu diskutieren und zu lösen, als vor schnell die Gegensätze als unüberwindbar zu bezeichnen und mit unabsehbaren Folgen eskalieren zu lassen. Der Blick zurück in die (jüngste) europäische Geschichte, so lernte ich langsam, entschuldigt zwar nicht so manches Versagen der europäischen Institutionen, aber er hilft, es zu relativieren.

(K)ein Platz für die Kirchen?

Inwieweit aber spielen in diesem europäischen Einigungsprozeß die Kirchen eine Rolle? Ging es den Gründervätern der Gemeinschaft nicht vor allem darum, die Gefahr eines weiteren Krieges in Europa durch eine wirtschaftliche Einigung Europas weitgehend auszuschließen und so den Frieden zu sichern? Gibt es in einer hauptsächlich wirtschaftlich ausgerichteten, laizistisch verfaßten Gemeinschaft überhaupt einen Platz, eine Aufgabe für die Kirchen?

Sicherung des Erreichten oder aktive Teilnahme an der Entwicklung?

Es ist richtig: Das gesamte europäische Vertragswerk, angefangen von den Römischen Verträgen (1957) zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bis zum Vertrag von Maastricht (1991), die Basis der Europäischen Union, erwähnt die Kirchen mit keinem einzigen Wort. Hier brachte erst der Vertrag von Amsterdam eine Veränderung.⁵ Die Formulierungen sind allerdings nicht, wie es die Kirchen gewünscht hatten, im eigentlichen Vertragstext enthalten, sondern in einer eigenen „Erklärung zur Schlußakte“. Darin heißt es: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und läßt ihn unangetastet. Ebenso achtet die Union den Status von welt-

⁴ Eine bündige Übersicht über das Funktionieren der Institutionen bieten verschiedene Broschüren der Europäischen Kommission.

⁵ Nach einschlägigen Beschlüssen der ComECE und der EECS (vgl. Anm. 1) haben am 5. September 1996 Österreich und Italien, am 16. Oktober 1996 auch Deutschland den Vorschlag eingebracht, in das europäische Vertragswerk einen „Kirchenartikel“ aufzunehmen. Dieser Vorschlag wurde in den Dubliner Vertragsentwurf übernommen.

anschaulichen und nichtkonfessionellen Organisationen“. Dabei geht es aber vor allem um „Besitzstandwahrung“: Um die Sicherung der Stellung der Kirchen und Religionsgemeinschaften in den einzelnen Mitgliedsstaaten, die Teil der jeweiligen nationalen Kultur und Identität sind und die man davor bewahren möchte, einfach durch europäische Rechtssetzungsakte aufgehoben zu werden. Aber selbst wenn die rechtliche Position der Kirchen durch eine Aufnahme in das europäische Vertragswerk gesichert ist, so ist damit noch nicht die Frage beantwortet, ob die Kirchen im europäischen Einigungsprozeß eine Aufgabe haben und wie diese Aufgabe aussehen könnte. Die oft zitierte Feststellung, daß „Europa“ ohne das Christentum und ohne die Kirche, ohne die Heiligen Benedikt, Cyrill und Method nicht das Europa wäre, als das es sich uns heute darstellt, ist zwar sachlich richtig, aber zugleich auch ambivalent; denn ebenso haben die Auseinandersetzungen zwischen dem Kaiser und dem Papst, die Schismen, die Religionskämpfe und -kriege der Neuzeit, die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat bis zu deren Trennung das heutige Europa entscheidend geprägt. Auch hilft der Hinweis auf die christliche Inspiration der Gründerväter der europäischen Idee – Adenauer, Monnet und Schuman – hier nur bedingt weiter: Wir müssen schlicht feststellen, daß sie in der Verfassung der Union nicht wiederzufinden ist. Bedeutet das: Keine aktive Rolle für die Kirchen in diesem Europa der Europäischen Union? Aus den vielen Gesprächen hier in Brüssel ist mir eines deutlich

geworden: Das Gegenteil ist wahr. Allerdings verläuft der Weg anders als gedacht. Es geht nicht darum, zuerst die Teilhabe der Kirchen am europäischen Einigungsprozeß zu definieren und zu institutionalisieren, um sich danach aktiv daran zu beteiligen, sondern genau umgekehrt: Weil die Kirchen etwas unverfremdbar Eigenes und Wesentliches in diesen Einigungsprozeß einzubringen haben, werden sie Einfluß auf die Gestaltung des Einigungsprozesses haben.

Gesucht: eine Seele für Europa

Der bereits am Anfang zitierte Ausspruch von Jacques Delors, daß das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses in den kommenden zehn Jahren (seit 1992) wesentlich davon abhängen werde, ob es gelingt, Europa „eine Seele“ zu geben, weist bereits darauf hin, daß diesem politischen Prozeß eine wesentliche Dimension fehlt. Die anfangs sicher notwendige Konzentration auf die wirtschaftlichen und technischen Fragen der Einigung hat zwei wesentliche Aspekte aus dem Blick verloren: Die Frage nach dem Ziel dieses Einigungsprozesses und die Frage nach einem Fundament für diese Einigung, nach gemeinsamen Werten, die mehr beinhalten als wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit. Denn, so stellte der polnische Außenminister Bartoszewski in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag fest, Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, es ist „eine Wertegemeinschaft, nicht ein geographischer Begriff, sondern das Ergebnis der Reflexion über

⁶ Vgl. Anmerkung 3.

das Schicksal und die Bestimmung des Menschen, über die Werte, die in der jüdisch-christlichen Tradition verwurzelt sind“.⁶

Mit Bedacht wird hier von der jüdisch-christlichen Tradition gesprochen, denn hier geht es nicht um eine kirchliche Restauration, um die Rückkehr zu einer umfassenden christlichen Kultur (so sie in dieser Einheit überhaupt bestanden hat), sondern um das In-Erinnerung-rufen und Vergewissern eben jener Wurzeln der europäischen Kultur, aus denen gemeinsame Werte wie die Würde und Einzigartigkeit der menschlichen Person, die Solidarität zwischen Individuen und Gruppen, die Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von deren Rasse, Geschlecht, weltanschaulicher Überzeugung oder Religion gewachsen sind.⁷ Genau hier ist m.E. die Kirche gefragt: nicht als „Lückenbüßerin“, die funktionell ausfüllt, was andere Institutionen nicht leisten können, sondern von ihrer Berufung und von ihrem Auftrag her verstanden, den die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ des II. Vatikanischen Konzils formuliert: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände. (...) Darum erfährt diese Gemeinschaft sich mit der Menschheit und ihrer Geschichte wirklich engstens verbunden.“ (GS 1)

Was aber sind heute „die Hoffnungen und die Sorgen der Menschen“, welche die Kirchen zu ihren eigenen machen

sollten, und wie können sie diese kompetent in den „Brüsseler politischen Alltag“ einbringen?

Einige Beispiele für drängende „Sorgenfelder“, welche die Sozialkompetenz der Kirchen fordern:

- Die hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union (insgesamt sind 16 Millionen Menschen davon betroffen), sowie die immer weiter fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft mit der Auslagerung von unrentablen Produktionsstätten in Billiglohnländer in anderen Kontinenten läßt viele Menschen nicht nur um ihren Arbeitsplatz bangen, sondern auch mehr oder weniger deutlich nach der Wiedereinführung protektionistischer Maßnahmen rufen. Der Weg zur Währungsunion verstärkt diese Angst: Dem Erreichen der Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der ersten Runde der EWU werden sowohl die Beschäftigungspolitik als auch die Errungenschaften der sozialen Sicherheit geopfert.
- Die rasant zunehmende weltweite Vernetzung von Datenträgern und Medien verschiedenster Art – Computer, Fernsehen, Telefon, Radio – bringt nicht nur die Informationsgesellschaft näher, sondern nährt auch die Befürchtung, daß jeder, der nicht imstande ist, die verschiedenen Informationsströme zu kanalisieren und sich den Umgang mit der weiterentwickelten Technik anzueignen, letztendlich ausgeschaltet und von der Teilnahme an der „Informationskultur“ ausgeschlossen ist.

⁷ Diese Einsicht formuliert auch die Schlußakte der Europäischen Bischofssynode von 1991.

- Die Absicht, die Union durch den Beitritt neuer Mitgliedsländer aus Mittel- und Osteuropa zu erweitern, weckt nicht nur Zweifel bei der Bevölkerung der Mitgliedsländer, sondern auch bei vielen Funktioniären der Union. Ist dieses Projekt ausführbar, und wenn ja, zu welchen Bedingungen und mit welchen (wohl unvermeidbaren) Opfern?

Diese Liste ließe sich noch mit anderen Themen ergänzen, etwa der Bio- und Gentechnologie, der Frage der Migration und des Asyls, der Kultur- und Bildungspolitik der Union, der Stellung zur Familie, der Zukunft der europäischen Entwicklungspolitik u.v.m.

In einigen dieser Fragen sind die Kirchen bereits aktiv geworden. So hat etwa eine Gruppe kirchlicher Experten verschiedener Konfessionen sich auf Einladung der Kommission mit der Frage der Armut und der sozialen Ausgrenzung in der Union auseinandergesetzt und im Januar 1997 in einem in Brüssel vielbeachteten Schlußpapier Vorschläge zur Armutsbekämpfung und zur Verhinderung des Entstehens einer Zweidrittelgesellschaft gemacht.⁸ Ähnliches geschieht derzeit auch auf dem Gebiet der Entwicklungskooperation, der Informationsgesellschaft oder der Medienpolitik. In anderen Bereichen besteht dringlicher kirchlicher Aufholbedarf, etwa bei den Fragen nach den ethisch vertretbaren Möglichkeiten und Grenzen der Bio- und Gentechnologie oder bei der medizinischen Ethik. Im Vergleich zum Umfang des „Projektes Europa“ nimmt sich das bescheiden, ja vielleicht sogar enttäu-

schend aus. Ist das alles, was die Kirchen an Konkretem zu bieten, beizutragen, zu fordern haben? Die Ergebnisse sind tatsächlich weniger spektakulär, als es sich so mancher erhofft. Andererseits zählt im „Brüsseler Alltag“ oft nicht sosehr das aufsehenerregende Ergebnis, sondern das Gespräch, die Diskussion, das genau Zuhörenkönnen, das Langsam-Vertrauen-gewinnen, die Nachdrücklichkeit guter Argumente. Es geht nicht sosehr darum, einen schnellen politischen Erfolg zu verbuchen, sondern um beharrliche Überzeugungsarbeit: Nicht das „Recht-haben-wollen“ der Kirchen spielt dabei eine Rolle, sondern die Gesprächsbereitschaft und die sachliche Kompetenz der kirchlichen Gesprächspartner. Die Vertreter der Kirchen haben hier, im wahrsten Sinn des Wortes, eine der Sache und den Menschen dienende Funktion.

Notwendig: ein neuer Impuls für die Vision Europa

Damit sind wir bei der zweiten Aufgabe angelangt. Die Notwendigkeit des Projektes der europäischen Einigung hat in den letzten Jahren vor allem bei der jüngeren Generation an Überzeugungskraft verloren, wobei die Vision eines geeinten Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg viele Menschen begeistern und überzeugen konnte, langsam aber sicher von den vielen Detailfragen und -problemen der wirtschaftlichen und technologischen Regelungen zugeschüttet wurde. Wie aber läßt sich dieses „Projekt Europa“ in Gang halten, von welcher kräf-

⁸ Eine ausführliche Dokumentation findet sich in der Sonderpublikation 2/97 der kathpress.

tigen Vision, von welchen Idealen, die außerhalb seiner selbst liegen, wird es beseelt und vorwärts getrieben? Ich möchte diese Frage mit einem Zitat des Rotterdamer Bischofs Ad van Luyn beantworten, der das Ideal ein gutes Stück weit pragmatisch im beharrlichen Folgen des bisherigen Weges sieht. „Im Gespräch mit vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird das Bedürfnis an neuen Idealen, an einer neuen Sinngebung für gesellschaftliches Handeln, deutlich. Der Einsatz für die Einigung Europas kann in einem wesentlichen Ausmaß dazu beitragen, daß die Ideale wieder in die soziale, kulturelle und politische Debatte über die Gestaltung unseres Kon-

tinents und seine Mitverantwortung für die Weltgemeinschaft zurückkehren. Das liegt ganz in der Verlängerung der idealistischen Motive der Gründer der Europäischen Gemeinschaft. Gerechtigkeit und Versöhnung, Spiritualität und Solidarität, begründet in der Einzigartigkeit und der Ganzheit der menschlichen Person in ihrer Bezogenheit auf den anderen/Anderen, sind die unverzichtbaren Ausgangspunkte dafür, um aus Europa vor allem eine Wertegemeinschaft zu machen, die, ausgehend vom Wertvollsten ihrer reichen Tradition, eine hoffnungsvolle Perspektive bietet, welche die heutige und die kommenden Generationen inspirieren und motivieren kann.“⁹

⁹ Vgl. Anmerkung 3.

Michael Kuhn ist seit März 1997 Leiter des Kontaktbüros Brüssel des Sekretariats der Österreichischen Bischofskonferenz.